

Antrag 75/I/2025**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Saisonarbeiter*innen schützen!**

1 Niedrige Löhne, überteuerte Unterkünfte und prekäre Arbeitsbedingungen prägen für viele Saisonarbeiter*innen
 2 in Deutschland den Arbeitsalltag. Oft erhalten sie eine
 3 Bezahlung, die kaum zum Leben reicht, in vielen Fällen
 4 wird der Mindestlohn systematisch umgangen. Gleichzeitig
 5 sind sie gezwungen, in überteuerten und oft unzumutbaren
 6 Unterkünften zu wohnen, die ihnen von ihren
 7 Arbeitgeber*innen vermittelt werden. Ihre Arbeitsverhältnisse
 8 sind geprägt von Unsicherheit, langen Arbeitszeiten und
 9 mangelndem Schutz vor Ausbeutung. Da ihr Aufenthaltsstatus
 10 an den Arbeitsvertrag gekoppelt ist, befinden sie sich in einer
 11 besonders abhängigen Position, in der sie sich kaum gegen schlechte
 12 Bedingungen wehren können.
 13 Diese strukturellen Missstände müssen angegangen werden.

14
 15
 16 Der Aufenthaltsstatus von Saisonarbeiter*innen darf
 17 nicht mehr an das Arbeitsverhältnis gebunden sein, denn
 18 die Kopplung des Aufenthaltsstatus an den Arbeitsvertrag
 19 macht Saisonarbeiter*innen zu einer besonders
 20 vulnerablen Gruppe. Arbeitgeber*innen können sie damit
 21 erpressen und, auch an Gesetzen wie dem Mindestlohn
 22 vorbei, zu menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten
 23 lassen. Daher fordern wir die Entkopplung des Aufenthaltsstatus von Arbeitsverträgen. In Vergangenheit kam
 24 es immer wieder zu Berichten, dass Arbeitgeber*innen
 25 die Pässe von Arbeiter*innen eingezogen haben, so dass
 26 diese keinen Zugang zu ihren Dokumenten hatten. Dieses
 27 Vorgehen gehört verboten und sollte rechtlich bestraft
 28 werden.

29
 30
 31 Die Unterbringung von Saisonarbeitenden ist vielerorts
 32 katastrophal, Mindeststandards für Hygiene oder Privatsphäre
 33 werden oft missachtet. Trotz der schlechten Bedingungen
 34 werden oft regelrechte Abzockmieten verlangt, mitunter bis zu 40 Euro pro Quadratmeter. Das ist deutlich mehr als in den teuersten Stadtteilen deutscher Großstädte. Dieses Vorgehen dient der Umgehung des Mindestlohns. So kann auf dem Papier der Mindestlohn gezahlt werden, während jedoch ein großer Teil des Gehalts durch die Unterbringungskosten wieder entzogen wird. Daher fordern wir eine grundsätzliche kostenlose Bereitstellung von Unterkünften für die Saisonarbeiter*innen, wobei die Mindeststandards für Hygiene und Privatsphäre zwingend eingehalten und vom Zoll wirksam kontrolliert sowie bei Verstößen geahndet werden sollen. Mieten müssen gedeckelt werden. Die Unterkünfte müssen den

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Niedrige Löhne, überteuerte Unterkünfte und prekäre Arbeitsbedingungen prägen für viele Saisonarbeiter*innen in Deutschland den Arbeitsalltag. Oft erhalten sie eine Bezahlung, die kaum zum Leben reicht, in vielen Fällen wird der Mindestlohn systematisch umgangen. Gleichzeitig sind sie gezwungen, in überteuerten und oft unzumutbaren Unterkünften zu wohnen, die ihnen von ihren Arbeitgeber*innen vermittelt werden. Ihre Arbeitsverhältnisse sind geprägt von Unsicherheit, langen Arbeitszeiten und mangelndem Schutz vor Ausbeutung. Da ihr Aufenthaltsstatus an den Arbeitsvertrag gekoppelt ist, befinden sie sich in einer besonders abhängigen Position, in der sie sich kaum gegen schlechte Bedingungen wehren können. Diese strukturellen Missstände müssen angegangen werden.

Der Aufenthaltsstatus von Saisonarbeiter*innen darf nicht mehr an das Arbeitsverhältnis gebunden sein, denn die Kopplung des Aufenthaltsstatus an den Arbeitsvertrag macht Saisonarbeiter*innen zu einer besonders vulnerablen Gruppe. Arbeitgeber*innen können sie damit erpressen und, auch an Gesetzen wie dem Mindestlohn vorbei, zu menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten lassen. Daher fordern wir die Entkopplung des Aufenthaltsstatus von Arbeitsverträgen. In Vergangenheit kam es immer wieder zu Berichten, dass Arbeitgeber*innen die Pässe von Arbeiter*innen eingezogen haben, so dass diese keinen Zugang zu ihren Dokumenten hatten. Dieses Vorgehen gehört verboten und sollte rechtlich bestraft werden.

Die Unterbringung von Saisonarbeitenden ist vielerorts katastrophal, Mindeststandards für Hygiene oder Privatsphäre werden oft missachtet. Trotz der schlechten Bedingungen werden oft regelrechte Abzockmieten verlangt, mitunter bis zu 40 Euro pro Quadratmeter. Das ist deutlich mehr als in den teuersten Stadtteilen deutscher Großstädte. Dieses Vorgehen dient der Umgehung des Mindestlohns. So kann auf dem Papier der Mindestlohn gezahlt werden, während jedoch ein großer Teil des Gehalts durch die Unterbringungskosten wieder entzogen wird. Daher fordern wir eine grundsätzliche kostenlose Bereitstellung von Unterkünften für die Saisonarbeiter*innen, wobei die Mindeststandards für Hygiene und Privatsphäre zwingend eingehalten und vom Zoll wirksam kontrolliert sowie bei Verstößen geahndet werden sollen. **Soweit Saisonarbeiter*innen in bereitgestellten oder vermittel-**

48 grundlegenden Standards für Hygiene, Sicherheit und Pri-
49 vatsphäre entsprechen.

50

51 Nicht selten müssen Saisonarbeiter*innen an staatlich
52 festgelegten Standards vorbei arbeiten. Sie werden da-
53 bei nicht angemeldet beschäftigt, sodass sie an Mindest-
54 lohn und Sozialversicherung vorbei arbeiten müssen. Die-
55 se ausbeuterischen Verhältnisse müssen durch Kontrollen
56 aufgedeckt und bekämpft werden. Daher fordern wir, dass
57 die Kontrollen durch Zoll und andere relevante Behörden
58 besser ausfinanziert werden.

59

60 Saisonarbeit ist ein kapitalistisches System: Saisonar-
61 beiter*innen werden unzumutbaren Arbeitsbedingungen
62 ausgesetzt, während Supermärkte von ihrer Arbeit profi-
63 tieren. Viele Supermärkte arbeiten mit Unternehmen zu-
64 sammen, die faire Standards nicht einhalten. Zudem ver-
65 ursachen Supermarkt-Konzerne selbst einen hohen Preis-
66 druck, da sie die Erzeugnisse nur zu Dumping-Preisen
67 abnehmen. Fehlende Transparenz über die Herkunft der
68 Produkte und die Bedingungen, unter denen sie produ-
69 ziert werden, begünstigt Ausbeutung. Daher fordern wir,
70 dass Abnahmepreise gesetzlich festgelegt werden, die fai-
71 re Löhne bei den Erzeugnissen ermöglichen. Wie bereits be-
72 schlossen, fordern wir weiterhin, dass Supermärkte mit-
73 telfristig vergesellschaftet werden, um so faire Löhne und
74 gute Arbeitsbedingungen gewährleisten zu können. Bis
75 dahin müssen Supermärkte zur Transparenz über Arbeits-
76 bedingungen und Einhaltung festgelegter fairer Stan-
77 dards verpflichtet werden und Kooperationen mit ausbeu-
78 terischen Unternehmen ausgeschlossen werden. Hierbei
79 sollen die Möglichkeiten des aktuellen deutschen Liefer-
80 ketten gesetzes genutzt werden, so dass auch Supermärk-
81 te für ihre Lieferketten und Zulieferer in die Pflicht genom-
82 men werden.

83

84 Saisonarbeiter*innen sehen sich Verstößen gegen ihre
85 Rechte oft allein und mit wenig Rechtsbeistand ausge-
86 setzt. Das macht eine Bekämpfung der systematischen
87 Probleme schwer. Daher fordern wir die Einführung ei-
88 nes Verbandsklagerechts für systematische Fälle. Dies er-
89 möglicht es Gewerkschaften und anderen Interessenver-
90 tretungen, kollektiv gegen Missstände vorzugehen und
91 die Rechte von Saisonarbeiter*innen durchzusetzen. Zu-
92 sätzlich müssen Beratungsstellen und Unterstützungsan-
93 gebote für Saisonarbeiter*innen längerfristig in Bundes-
94 und Landeshaushalten gesichert und ausgebaut werden.
95 Diese bieten durch ihre Beratung auf Muttersprache ein
96 niedrigschwelliges Angebot zur Aufklärung von arbeits-
97 rechtlichen Fragen. Den Stellen muss Zugang zu Arbeits-
98 plätzen von Saisonarbeiter*innen gewährt werden, so
99 dass diese direkt am Arbeitsplatz erreicht werden kön-
100 nen. Zudem sollten Gewerkschaften prüfen, ob temporä-

ten Unterkünften der Arbeitsgeber leben, sind diese kos-
tenfrei bereit zu stellen. Mieten müssen gedeckelt wer-
den. Die Unterkünfte müssen den grundlegenden Stan-
dards für Hygiene, Sicherheit und Privatsphäre entspre-
chen.

Nicht selten müssen Saisonarbeiter*innen an staatlich festgelegten Standards vorbei arbeiten. Sie werden dabei nicht angemeldet beschäftigt, sodass sie an Mindestlohn und Sozialversicherung vorbei arbeiten müssen. Diese ausbeuterischen Verhältnisse müssen durch Kontrollen aufgedeckt und bekämpft werden. Daher fordern wir, dass die Kontrollen durch Zoll und andere relevante Behörden besser ausfinanziert werden.

Saisonarbeit ist ein kapitalistisches System: Saisonarbeiter*innen werden unzumutbaren Arbeitsbedingungen ausgesetzt, während Supermärkte von ihrer Arbeit profitieren. Viele Supermärkte arbeiten mit Unternehmen zusammen, die faire Standards nicht einhalten. Zudem verursachen Supermarkt-Konzerne selbst einen hohen Preisdruck, da sie die Erzeugnisse nur zu Dumping-Preisen abnehmen. Fehlende Transparenz über die Herkunft der Produkte und die Bedingungen, unter denen sie produziert werden, begünstigt Ausbeutung. Daher fordern wir, dass Abnahmepreise gesetzlich festgelegt werden, die faire Löhne bei den Erzeugnissen ermöglichen. Wie bereits beschlossen, fordern wir weiterhin, dass Supermärkte mittelfristig vergesellschaftet werden, um so faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen gewährleisten zu können. Bis dahin müssen Supermärkte zur Transparenz über Arbeitsbedingungen und Einhaltung festgelegter fairer Standards verpflichtet werden und Kooperationen mit ausbeuterischen Unternehmen ausgeschlossen werden. Hierbei sollen die Möglichkeiten des aktuellen deutschen Lieferketten gesetzes genutzt werden, so dass auch Supermärkte für ihre Lieferketten und Zulieferer in die Pflicht genommen werden.

Saisonarbeiter*innen sehen sich Verstößen gegen ihre Rechte oft allein und mit wenig Rechtsbeistand ausge-
setzt. Das macht eine Bekämpfung der systematischen Probleme schwer. Daher fordern wir die Einführung eines Verbandsklagerechts für systematische Fälle. **Das Verbandsklagerecht sollte nicht für Einzelfälle gelten, in denen die Betroffenen selbst klagen können, sondern in eng begrenzten Fällen, in denen bestimmte Arbeitsgeber systematisch die Rechte der Betroffenen verletzten**, Dies ermöglicht es Gewerkschaften und anderen Interessenvertretungen, kollektiv gegen Missstände vorzugehen und die Rechte von Saisonarbeiter*innen durchzusetzen. Zusätzlich müssen Beratungsstellen und Unterstützungsangebote für Saisonarbeiter*innen längerfristig in

101 re Mitgliedschaften mit Vorbild der IG BAU rechtliche Be-
102 ratung für Saisonarbeiter*innen sein kann. Gewerkschaf-
103 ten könnten mit Beratungsstellen eng zusammenarbei-
104 ten und Kräfte bündeln, um die Situation von Saisonarbei-
105 ter*innen zu verbessern. Vorbild kann der Streik der LKW-
106 Fahrenden in Gräfenhausen sein.

107
108 Die Anwerbung von Saisonarbeiter*innen läuft meist pri-
109 vat ab. Diese Praxis führt zu Ausbeutung und falschen Ver-
110 sprechen. Daher fordern wir offizielle Ausschreibungen
111 statt privater Anwerbung. Die Rekrutierung von Saisonar-
112 beiter*innen soll ausschließlich über offizielle Ausschrei-
113 bungen erfolgen, die von zuständigen Behörden und Ge-
114 werkschaften begleitet werden. Private Anwerbeagentu-
115 ren, die unregulierte Arbeitsverhältnisse schaffen, müs-
116 sen unterbunden werden. Langfristig streben wir ein Ver-
117 bot von Saisonarbeit in ihrer derzeitigen Form an, solan-
118 ge sie strukturell ausbeuterisch ist und grundlegenden
119 menschenrechtlichen sowie moralischen Standards wi-
120 derspricht.

121
122
123
124
125
126
127
128

Bundes- und Landeshaushalten gesichert und ausgebaut werden. Diese bieten durch ihre Beratung auf Mutterspra-
che ein niedrigschwelliges Angebot zur Aufklärung von ar-
beitsrechtlichen Fragen. Den Stellen muss Zugang zu Ar-
beitsplätzen von Saisonarbeiter*innen gewährt werden,
so dass diese direkt am Arbeitsplatz erreicht werden kön-
nen. Zudem sollten Gewerkschaften prüfen, ob temporäre
Mitgliedschaften mit Vorbild der IG BAU rechtliche Be-
ratung für Saisonarbeiter*innen sein kann. Gewerkschaf-
ten könnten mit Beratungsstellen eng zusammenarbei-
ten und Kräfte bündeln, um die Situation von Saisonarbei-
ter*innen zu verbessern. Vorbild kann der Streik der LKW-
Fahrenden in Gräfenhausen sein.

Die Anwerbung von Saisonarbeiter*innen läuft meist pri-
vat ab. Diese Praxis führt zu Ausbeutung und falschen Ver-
sprechen. Daher fordern wir offizielle Ausschreibungen
statt privater Anwerbung. Die Rekrutierung von Saisonar-
beiter*innen soll ausschließlich über offizielle Ausschrei-
bungen erfolgen, die von zuständigen Behörden und Ge-
werkschaften begleitet werden. Private Anwerbeagentu-
ren, die unregulierte Arbeitsverhältnisse schaffen, müs-
sen unterbunden werden. Langfristig streben wir ein Ver-
bot von Saisonarbeit in ihrer derzeitigen Form an, solan-
ge sie strukturell ausbeuterisch ist und grundlegenden
menschenrechtlichen sowie moralischen Standards wi-
derspricht.